

28.07.2022

Pressestelle

Tel. 0340 204-2113
Fax. 0340 204-2913
pressesprecher@dessau-rosslau.de

Pressemitteilung

Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

Stadt Dessau-Roßlau wird keine Bewerbung beim Bund einreichen

Die Stadt Dessau-Roßlau wird nach der Entscheidung der Landesregierung, die Stadt Halle (Saale) als Standort zu unterstützen, ihre Bewerbung im Wettbewerb um das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation nicht weiterverfolgen. Der Stadtrat hatte sich am 1. Juni 2022 mit einem einstimmigen Beschluss für eine Bewerbung um das Zukunftszentrum ausgesprochen.

„Da die Landesregierung nun Halle (Saale) öffentlich unterstützt, werden wir von einer Bewerbung absehen“, so Oberbürgermeister Dr. Robert Reck.

"Wir haben zwei interessante Standorte vorgeschlagen. Dabei haben wir insbesondere für eine Nachnutzung des Standorts der ehemaligen JVA inmitten der Innenstadt geworben. Für diese Landesliegenschaft hat das Land bis heute keine Antwort. Im Rahmen eines anspruchsvollen Gestaltungs- und Architekturwettbewerbs, der Teil des Prozesses bis zur geplanten Fertigstellung des Zukunftszentrums 2028 sein wird, hätte unser Standortvorschlag eine architektonisch herausfordernde, ökologische und nachhaltige Perspektive im Wettbewerb darstellen können und Sachsen-Anhalt möglicherweise auch im Bereich green culture und nachhaltige Stadtentwicklung zusätzlich punkten können.

Dem Land gegenüber haben wir sowohl historische Transformationsbezüge aufgezeigt, strukturfördernde Effekte und bestehende Kooperationen auf internationaler Ebene benannt sowie das Potential der Partner vor Ort wie der Stiftung Bauhaus Dessau, der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz, dem Umweltbundesamt und der Hochschule Anhalt für die im Zukunftszentrum geplanten Galerie der Transformation nicht unerwähnt gelassen. Die Bewerbung für das Zukunftszentrum war auch ein folgerichtiger Schritt im Anschluss an den seit längerem laufenden Prozess "Zukunftsreise", der unter breiter Bürgerbeteiligung stattgefundenen hat und als ein Ziel die Stärkung des Bildungsstandorts formuliert.

Ohne Unterstützung durch das Land hat unsere Stadt jedoch kaum eine Chance, sich im Wettbewerb gegen andere ostdeutsche Kommunen um das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation durchzusetzen. Wir drücken nun die Daumen, dass die Ansiedlung im Land Sachsen-Anhalt gelingt“, so Reck.

„Die Stadt Dessau-Roßlau wird sich weiter auf eine mögliche Bewerbung zur Ausrichtung der Bundesgartenschau im Jahr 2035 konzentrieren. Die die

Landesregierung tragenden Parteien haben sich bereits im Koalitionsvertrag für Dessau-Roßlau positioniert. Ich bin davon überzeugt, dass wir hier ausgezeichnete Chancen haben, den Zuschlag zu erhalten und unsere Stadt Dessau-Roßlau bekannter zu machen und weitere Potentiale heben zu können“, so Reck weiter.

Am 01. Juli 2022 startete der Standortwettbewerb für das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation. Das Zentrum soll zu Transformationsprozessen in Deutschland, aber auch zu Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sowie zum Zusammenhalt in Europa forschen. Mit der Errichtung des Zukunftszentrums beabsichtigt die Bundesregierung, eine exzellente, international verknüpfte und gesellschaftsrelevante Einrichtung zu schaffen. Bis 30. September können sich ostdeutsche Kommunen um die Investition in Höhe von 200 Millionen Euro bewerben.